

Stärkere Stimme

Die Harke 19.05.2020

Mühlenkreis-Bürgerinitiative als Verband anerkannt / SAD Münchenhagen und Kraftwerk Landesbergen im Blick

VON OLIVER PLÖGER

SÜDKREIS. Bislang war „Stoppt den Giftmüll – Wir wehren uns!“ eine reine Bürgerinitiative im Nachbarkreis Minden-Lübbecke. Diese Zeiten sind jetzt vorbei. Ab sofort nennt sich die Gruppe Verband – und hat damit einen Status ähnlich wie der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND). Das berichtet das Mindener Tageblatt. Besonderheit bei den hiesigen Giftmüll-Gegnern: Die Tätigkeit beschränkt sich auf die Region, genauer: auf den Regierungsbezirk Detmold und die niedersächsischen Landkreise Nienburg/Weser, Schaumburg und Diepholz.

„Früher war die persönliche Betroffenheit ausschlaggebend“, sagt Björn Nommensen aus dem Vorstand, als Umweltverband gebe es das Verbandsklagerecht. Beispiel Ahrens: Gegen den Plan der Firma zur Behandlung gefährlicher Stoffe in Lahde konnte die Gruppe aus sich heraus nicht klagen, sondern musste den Weg über einen direkt betroffenen Anlieger gehen. Das ist heute anders, wie Peter Thiele aus dem neuen Verband deutlich machte: „Umweltvereinigungen haben besondere Rechtsschutzmöglichkeiten. Vor allem können sie mit der Verbandsklage Verwaltungsentscheidungen gerichtlich überprüfen lassen.“ Bei der BI in alter Form wäre so etwas aber



Setzen auf das Verbandsklagerecht (von links): Axel Brandt, Peter Thiele, Björn Nommensen, Sigrid Krueger-Young und Wilhelm Pohlmann von „Stoppt den Giftmüll – Wir wehren uns!“.

FOTOS: PLÖGER/MT

geschmettert worden.

Frage ist nun, ob es den Verband überhaupt geben muss – schließlich sind die Pläne vom Tisch. Ahrens hatte das Gelände im Gewerbegebiet Lahde wieder an die Stadt verkauft.

Ja, der Verband sei notwendig. Die Bürgerinitiative, so Nommensen, engagiere

sich auf mehreren Gebieten. „Ausgestattet mit dem Etikett eines Umweltverbands und dem dazugehörigen Klagerrecht werden wir unsere Themen deutlich effizienter bearbeiten können.“ Es sei erwiesen, dass Verwaltungen schon durch die Möglichkeit, einer Verbandsklage ausgesetzt zu sein, weitaus vorsichtiger bei Genehmigungen han-

Sandgrube und Bodendepotie am Aberg in der Loccumer Heide, vor Ort um die Begleitung der Pläne und Maßnahmen zum Hochwasserschutz (auch an der Landesgrenze) und um die Entwicklung des Kohlekraftwerks Heyden, das 2025 schließen muss, ebenfalls um die des Kraftwerks Landesbergen. Im Blick behalten will

und Nabu – halte der neue Verband ständigen Kontakt. Wie sie möchte er auch bei Bauprojekten als Träger öffentlicher Belange einbezogen werden. „Gemeinsam sind wir stark“, sagt Björn Nommensen.

Derzeit wolle der Verband auf Beiträge seiner etwa 1500 Mitglieder verzichten. Jeder – auch das sei Voraussetzung

NIENBURG
Nienburg
den Ant
Gruppe
der von
Bürger a
sich die
„Schluss
in einer
in heißt
Ablehnu
trags de
Ber Entt
nis, zwi
bindlich
dung an
großen
und du
nicht k
me, das
nicht fü
zuständ
sei. Zu
diesbez
Rechtsa
sächsis
ums etw

Es bl
zuwart
tungsau
gleiche
eingere
Paragra
schen K
gesetz
ses dar
gebnis
Wasser
für di
gung
vorsorg
ne w
Verant
versuc
sung v
troffer
kann
nomm

Die Tätigkeit beschränkt sich auf die Region, genauer: auf den Regierungsbezirk Detmold und die niedersächsischen Landkreise Nienburg/Weser, Schaumburg und Diepholz.

„Früher war die persönliche Betroffenheit ausschlaggebend“, sagt Björn Nommensen aus dem Verbandsvorstand, als Umweltverband gebe es das Verbandsklagerecht. Beispiel Ahrens: Gegen den Plan der Firma zur Behandlung gefährlicher Stoffe in Lahde konnte die Gruppe aus sich heraus nicht klagen, sondern musste den Weg über einen direkt betroffenen Anlieger gehen. Das ist heute anders, wie Peter Thiele aus dem neuen Verband deutlich machte: „Umweltvereinigungen haben besondere Rechtschutzmöglichkeiten. Vor allem können sie mit der Verbandsklage Verwaltungsentscheidungen gerichtlich überprüfen lassen.“ Bei der BI in alter Form wäre so etwas ab-



Beobachtet werden soll auch die Entwicklung des Standorts des Kraftwerks Heyden in Lahde.

Kein Backtag an Himmelfahrt

LANDKREIS. Bundestag und Bundesrat haben das Sozial-

geschmettert worden.

Frage ist nun, ob es den Verband überhaupt geben muss – schließlich sind die Pläne vom Tisch. Ahrens hatte das Gelände im Gewerbegebiet Lahde wieder an die Stadt verkauft.

Ja, der Verband sei notwendig. Die Bürgerinitiative, so Nommensen, engagierte

sich auf mehreren Gebieten. „Ausgestattet mit dem Etikett eines Umweltverbands und dem dazugehörigen Klagerecht werden wir unsere Themen deutlich effizienter bearbeiten können.“ Es sei erwiesen, dass Verwaltungen schon durch die Möglichkeit, einer Verbandsklage ausgesetzt zu sein, weitaus vorsichtiger und ausgewogener handeln als ohne diese Form der Bürgerbeteiligung.

Themenfelder, die der neue Umweltverband unter anderem beackern will, sind der Bebauungsplan A2 im Gewerbegebiet Lahde, hier besonders die weitere Entwicklung der ehemaligen Ahrens-Fläche und die Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative am Prezero-Standort in Stadthagen.

Großes Thema auf lange Sicht werde auch die Zukunft der Sonderabfalldeponie in Müncheshagen sein, die saniert und – so das Ziel – beseitigt werden soll. Weiter gehe es um die Entwicklung der

Sandgrube und Bodendepotie am Aberg in der Loccumer Heide, vor Ort um die Begleitung der Pläne und Maßnahmen zum Hochwasserschutz (auch an der Landesgrenze) und um die Entwicklung des Kohlekraftwerks Heyden, das 2025 schließen muss, ebenfalls um die des Kraftwerks Landesbergen. Im Blick behalten will der Verband auch die regionale Atommüllager-Endsuche und strebt die Beteiligung im Verfahren an.

Wichtig ist dem neuen Verband die Vernetzung mit anderen Initiativen – ohne deren Power, so hieß es in einer Pressekonferenz, könne die ehrenamtliche Arbeit kaum gestemmt werden. Zum Netzwerk gehören die BI Bürgerprotest Stadthäger Asphaltmischwerk, die Umweltgruppe Wiedensahl, die BI „Loccumer Bürger gegen Giftmüll“, Bigtab Bückeberg, Minden, Porta. Zu den Umwelt- und Naturschutzverbänden der Region – BUND

und Nabu – halte der neue Verband ständigen Kontakt. Wie sie möchte er auch bei Bauprojekten als Träger öffentlicher Belange einbezogen werden. „Gemeinsam sind wir stark“, sagt Björn Nommensen.

Derzeit wolle der Verband auf Beiträge seiner etwa 1500 Mitglieder verzichten. Jeder – auch das sei Voraussetzung im Genehmigungsverfahren gewesen – könne „Stoppt den Giftmüll – Wir wehren uns!“ beitreten. Da dem neuen Verband die länderübergreifende Aktivität besonders wichtig ist, musste das Verfahren direkt übers Bundesumweltamt in Dessau laufen. Die Antragsunterlagen seien sehr umfangreich gewesen, auch die Nachweise der bisherigen Tätigkeiten. Dankbar zeigten sich die Beteiligten insbesondere über die Arbeit von Wilhelm Pohlmann, der alles genau dokumentiert hatte, darunter Schriftwechsel mit den Behörden, Behördenbesuche, Recherchen.



Setzen auf das Verbandsklagerecht (von links): Axel Brandt, Peter Thiele, Björn Nommensen, Sigrid Krueger-Young und Wilhelm Pohlmann von „Stoppt den Giftmüll – Wir wehren uns!“.

FOTOS: PLÖGER/MT

großen Teilen und durch nicht klargestellt, dass die nicht für die zuständig und sei. Zuminde diesbezüglich Rechtsauffassung sächsischen U ums etwas an

Es bleibt zu erwarten, w tungsausschus gleicher Sach eingereichte Paragraf 34 de schen Kommu gesetzes ents des dann beg gebnis, welch Wasserversor für die Tri gung als Ke vorsorge zust ne weiterhin Verantwortung versucht und sung weiterh troffenen Bü kann und w nommen we von der Bürg

Mehr Bauarbeiten Land

LANDKREIS. 2100 Bauarbeiten Nienburger Lohnuntergre in der Brand weniger als dienen – 35 bisher. Das von rund 60 Ende. Wer a angelegte Knowhow m sogar Anspru ro (plus 20 C IG BAU Nie mit. Die Gew Beschäftigt

Arbeitslosengeld wird automatisch weitergezahlt

drei weitere Monate verlängert. Dies betreffe Personen,

nichts weiter veranlassen.

Falls sie nach dem neuen Gesetz seit dem 1. Mai ausge-

bereits ab dem 1. Mai ausge-